

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zur Bekämpfung der Inflation und in allen Kassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2 RM, (Halbmonat. 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt, Oberbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal geschnittene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklamsseite einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Oberbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Preiskategorie besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dresden, Donnerstag, den 29. Dezember 1927 Nummer 302

1 1/2 Million Erwerbslose

Verwaltungs„reform“ in Sachsen

Von Paul Böttcher

Die sächsische Bürgerblockregierung hat von dem Präsidenten des Sächsischen Staatsrechnungshofes, Schlegel, ein Gutachten über die Vereinfachung und Verbilligung der sächsischen Staatsverwaltung herbeigeholt. Die sächsische Denkschrift ist ein Glied in der Kampagne des Trustkapitals für die Abwälzung aller Kriegslasten auf die Schultern der breiten Massen. Die Denkschrift erfüllt im vollen Umfange jene Forderungen, die vom Reparationsagenten Gilbert, Reichsfinanzminister Köhler, vom Reichsbankpräsidenten Schacht und zuletzt im „Rohprogramm“ der deutschen Industrie niedergelegt sind. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen die sächsische Denkschrift im vollen Umfange den Forderungen des Großkapitals entspricht.

Der Ausgangspunkt der Denkschrift des sächsischen Geheimrates ist die Legende vom „Wohlfahrtsstaat“. Es wird behauptet, daß die Aufgaben des Staates sich gegenüber der Vorkriegszeit vollständig verschoben hätten und daß „an die Stelle des Verwaltungsstaates mehr und mehr der Wohlfahrtsstaat getreten sei“. Hinter dieser Legende verbirgt sich der Versuch, die Rolle des kapitalistischen Staates als Nachinstrument der herrschenden Klasse vor den breiten Schichten der Bevölkerung zu verschleiern. Des weiteren soll der Ansehen erweitert werden, als würden die Steuermittel in ihrer Mehrzahl verwendet für soziale Ausgaben. Es wird vor den politisch ungeschulten Massen der Eindruck zu erwecken versucht, als gingen die Steuern der „notleidenden“ Junker und Großkapitalisten für Fürsorge und Wohlfahrt drauf. Da sich der Abbau der Sozialgesetzgebung nur gegen den schärfsten Widerstand der Arbeiterklasse durchsetzen läßt, richten sich alle Vorschläge über Verwaltungsreformen in erster Linie gegen den Parlamentarismus und die formale Demokratie. Die Entwicklung der letzten Zeit beweist, daß der Herrschaftswille des Trustkapitals, der neudeutsche Imperialismus und die innenpolitischen Voraussetzungen dieser Politik mit ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse immer mehr in Widerspruch geraten zur formalen Demokratie, wie sie die Verfassung von Weimar schuf. Die Bourgeoisie schließt sich entschlossen an, selbst diese Weimarer Verfassung abzubauen.

Die Denkschrift enthält in ihrer Einleitung neben einer interessanten Gesandnisse. Es wird ausdrücklich betont, daß die sächsische Verwaltungsreform nur die Vorstufe einer allgemeinen Verwaltungsreform sein könne. Auf eine Reform der Reichsgesetzgebung warten zu wollen, würde jedoch einer Vertagung der Reformfrage auf unbestimmte Zeit gleichkommen. Mit dieser Feststellung erhält das demagogische Geschwätz der reformistischen Nachkämpfer des Trustkapitals über den Einheitsstaat einen harten Stoß. Es ist charakteristisch, daß die Denkschrift der Frage des Einheitsstaates überhaupt ausweicht. Die Tendenz der Denkschrift läßt jedoch erkennen, daß ihre Hintermänner dem Einheitsstaat durchaus nicht freundlich gegenüberstehen. Ueber den finanziellen Erfolg der Verwaltungsreform bezeugt die Denkschrift stärksten Pessimismus. Es wird darauf hingewiesen, „daß der überhaupt mögliche finanzielle Erfolg der Verwaltungsreform sehr erheblich überschätzt zu werden pflegt“.

Nach bewährtem Muster fordert der Verfasser der Denkschrift als Voraussetzung für die Durchführung seiner Reformvorschläge ein Ermächtigungsgesetz für die Bürgerblockregierung. Der Landtag soll die Regierung zur Durchführung der Verwaltungsreform ermächtigen und auf seine Mitwirkung freiwillig verzichten. Es versteht sich von selbst, daß die Bürgerblockregierung mit diesem Ermächtigungsgesetz eine Verwaltungsreform durchführen würde, die in ihren Wirkungen die untere Beamtenklasse am härtesten treffen würde. Der Beamtenabbau auf Grund der Ermächtigungsgesetze 1923/24 liefert für die Sparmaßnahmen des Großkapitals die beste Illustration.

Auf der Linie einer weiteren Einschränkung des Parlamentarismus und der formalen Demokratie liegt auch der Vorschlag, den Artikel 43 der sächsischen Verfassung zu ändern. Danach soll der Landtag eine Überziehung einzelner Staatkapitel nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen können, wenn ein Einspruch der Regierung vorliegt. Daß die Regierung nur immer dann Einspruch erhebt, wenn es sich um Ausgaben im Interesse der breiten Masse handelt, liegt im Wesen des kapitalistischen Systems. Außerdem wird eine Erweiterung der Statperiode gefordert. An Stelle der bisherigen einjährigen Statperiode ist die Aufstellung des Etats aller zwei bis drei Jahre vorgesehen. Der Landtag soll lediglich Abänderungs- und Ergänzungspläne jährlich beraten. Schließlich kehrt auch der alte Vorschlag wieder, die Zahl der Landtagsabgeordneten zu verringern. Ein Antrag, den die demokratische Partei in dieser Richtung bereits einmal gestellt hatte, wurde abgelehnt. Es wurde damals bereits darauf hingewiesen, daß

In 15 Tagen Zunahme um 250 000

M. Berlin, 28. Dezember.

Umfluch wird mitgeteilt:

Die Arbeitslosigkeit hat in der ersten Hälfte des Monats Dezember weiter zugenommen, wobei die starke Kälte und die dadurch bedingte Unterbrechung fast jeglicher Außenarbeit eine große Rolle spielte. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung liegt von rund 605 000 am 30. November auf 831 000 am 15. Dezember, also um 226 000 oder 37,4 Prozent. Der Zuwachs entfällt in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitslosen, deren Zahl von rund 507 000 auf 709 000 also um 202 000 zunahm. Bei den weiblichen Arbeitslosen betrug die Steigerung nur 24,4 Prozent. Die Zahl der Reisenunterstützten nahm im gleichen Zeitraum um rund 24 000 (von 147 000 auf 171 000) oder um 16,6 Prozent zu. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen ist somit von 750 000 auf rund 1 Million gestiegen (davon 150 000 Frauen). Die Zunahme beträgt also insgesamt rund 250 000 oder 33,3 Prozent.

In diesen amtlichen Ziffern ist die riesige Zahl der Nichtunterstützten nicht inbegriffen. Zu den amtlich gemeldeten unterstützten Erwerbslosen sind noch die Arbeitslosen hinzuzurechnen, die weder aus der Arbeitslosenversicherung noch aus den Mitteln der Reisenfürsorge Unterstützung erhalten und deshalb der Wohlfahrtspflege der Gemeinden zur Last fallen. Nicht eingerechnet sind ferner die saisonmäßigen Arbeitslosen des Bergwerkes, die auf Grund der bekannten Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 2. Dezember auf drei bzw. zwei Wochen keine Unterstützung erhalten, so daß die Gesamtzahl der auf der Straße liegenden Arbeitslosen mit etwa 1 1/2 Million beziffert werden muß. Das gewaltige Anschwellen der Arbeitslosenziffern kennzeichnet die Labilität der deutschen kapitalistischen Wirtschaft und rechtfertigt die Haltung der Kommunisten, die fortgesetzt auf die relative Stabilisierung des Kapitalismus hingewiesen haben. Das Abendrot des Konjunkturenhimmels verbläht. Eine neue schwere Krise zieht heran.

Auch das sächsische Landesamt für Arbeitsvermittlung muß in dem heute veröffentlichten Bericht über die Arbeitsmarktlage der letzten Woche erklären, daß der Zugang an

Arbeitsuchenden, vor allem aus den Außenberufen alle Erwartungen übertroffen hat. Zahlen nennt der Bericht des Landesamtes vorsichtigerweise nicht, kann aber trotz aller gemündeten Redensarten nicht verschleiern, daß auch in der Industrie die Arbeitslosigkeit in raschem Tempo wächst. In der Schwarz- und Holzindustrie, im Bäckergewerbe, in der Zigaretten- und in papierverarbeitenden Industrien wurden Arbeitskräfte in starkem Maße abgestoßen. In der Metallindustrie ist das Angebot an Arbeitskräften dauernd stark.

Der Bericht des Landesamtes gibt in äußerst vorsichtigerweise das starke Anschwellen der Arbeitslosigkeit und das Einsetzen der Wirtschaftskrise zu. Noch vor einigen Wochen erzählte die sozialdemokratische Presse ihren Lesern unter der Schlagzeile „Die Arbeitslosen verschwinden“, daß sich die Wirtschaftslage bessere. Jetzt offenbart sich der Verrat dieser reformistischen Illusionen. Selbst der immer schönfärbende Vorwärts muß in seiner heutigen Morgenausgabe zugeben: „Das Gespenst der Arbeitslosigkeit taucht auf. Wir glauben, daß es gebannt werden könnte, aber wir wissen nicht, ob es gebannt werden wird.“ So hilflos stammeln die Reformisten. Als die Arbeiterklasse während der besten Konjunktur in den Betrieben war, als die Unternehmer mit Aufträgen überhäuft waren, als alle Vorbedingungen für einen siegreichen Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gegeben waren, da predigten gerade die Reformisten Tag für Tag, daß jeder große Streik die Konjunktur bedrohe und Arbeitslosigkeit mit sich bringen könnte. Jetzt ist die Arbeitslosigkeit da. Der Achtstundentag ist nicht erobert. Die Arbeiter haben durch den Schiedspruch des SPD-Schlichters den 10-Stundentag und lumpige Pfennigzulagen auf dem Halbe und stehen vor neuem, ungeheurem Elend. So wird die Niederlagenstrategie der Reformisten für die gesamte deutsche Arbeiterklasse fühlbar und sichtbar.

Die Schlussfolgerungen liegen auf der Hand: Gerade weil neue Massenarbeitslosigkeit droht, gerade deshalb und sofort Organisierung des Kampfes gegen den Bürgerblock und das Trustkapital, Organisierung des Kampfes um den Achtstundentag und höhere Löhne, gerade deshalb jetzt Durchsetzung des Metallarbeiterkampfes im Ruhrgebiet. An Stelle der reformistischen Abwägung Mobilisierung der Arbeiter in allen Gewerkschaften und Betrieben zum Kampf gegen den Bürgerblockrichtstag und seine Bürgerblockregierung, gegen das rationalisierende Trustkapital mit seinen Hungerlöhnen und seiner mörderischen Akkordarbeit, für den Achtstundentag und Lohnerhöhungen.

in Sachsen die Abgeordnetenzahl in ihrem Verhältnis auf die Gesamtbevölkerung niedriger ist wie in anderen Ländern.

Bei der Prüfung der finanziellen Ergebnisse der Staatsbetriebe verpackt ober verkauft werden müssen. Das ist eine alte Forderung der bürgerlichen Parteien. Begründet wird dieser Standpunkt damit, daß die Bewirtschaftung von Gütern und Werken keine Aufgabe des Staates sei. Die Denkschrift spricht natürlich nicht offen von einer Auslieferung der Staatsbetriebe an die Privatkapitalisten. Sie tut das in der Alternative: entweder die Betriebe tragen sich selber oder werden verkauft. Der Staat hat das Geld hineingesteckt und Unternehmer selber sich dann die Hände.

Es ist kein Zweifel, daß im Behördenapparat des Staates eine große Ueberorganisation vorhanden ist. Selbst vom Standpunkte des kapitalistischen Staates läßt sich auf diesem Gebiete mit Vereinfachung der Verfahren und Verkürzung des Instanzenzuges sehr viel verbessern. Wie überall im Klassenstaat, so kommt es naturgemäß auch hier darauf an, welche Klasse den Staatsapparat ausbaut und beherrscht. Die Vorschläge der Denkschrift über die Vereinfachung des Verwaltungskörpers sind mehr als dürftig. Man muß wissen, daß der Aufbau der sächsischen Staatsverwaltung in seiner gegenwärtigen Form auf das ehrwürdige Alter von 100 Jahren zurückblickt. Unter dem Einfluß der Pariser Juli-Revolution erzwang sich im Jahre 1831 auch das sächsische Bürgertum eine Verfassung. Aus jener Zeit stammt die Gliederung der sächsischen Staatsverwaltung. Ihre Urkunde ist die Verordnung über die Einrichtung von Ministerial-Departements vom 7. November 1831. Während bis zum heutigen Tage die wirtschaftliche und technische Entwicklung einen gewaltigen Aufschwung durchgemacht hat, trotzt der sächsische Amtschimmel immer noch im Geiste „König Anton des Gütigen“. Nach der Denkschrift sollen die bisherigen 7 Ministerien auf 5 abgebaut werden. In Wegfall kommen sollen das Arbeits- und Wohlfahrts-

ministerium und das Wirtschaftsministerium. Die sächsische Staatszeitung, das Organ der Bürgerblockregierung, erhebt im Interesse der Koalitionsparteien gegen diesen Vorschlag an erster Stelle Widerspruch. Die mittleren Staatsbehörden gliedern sich in Sachsen in Kreis- und Amtshauptmannschaften. Das entspricht der preuß. Provinzialgliederung. Die bestehenden Kreishauptmannschaften sind auf 3 herabgesetzt werden. Die Kreishauptmannschaften sind Aufsichtsglieder, die im Interesse des Staatsapparates auf die Gemeinden drücken. Die Arbeiterklasse hat an ihrer Erhaltung keinerlei Interesse. Diese Brutstätten der höheren Verwaltungsbureaucratie müssen samt und sonders beseitigt werden. Sachsen gliedert sich weiter in 28 Amtshauptmannschaften. Von diesen sollen lediglich 4 eingezogen werden. Die Denkschrift ist also für die Beibehaltung der staatlichen Ober- und Mittelbehörden. Im Interesse der Arbeiterklasse liegt die Vereinfachung der Kreishauptmannschaften, die Neugliederung und Reorganisation der Amtshauptmannschaften als Gemeindeverbände und vor allen Dingen Erweiterung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden. In dieser Linie werden auch die Anträge der kommunistischen Landtagsfraktion laufen, wenn sich die Denkschrift des Staatsrechnungshofes zu einer Regierungsvorlage verbläht.

Wie bereits oben erwähnt, unternimmt die Denkschrift einen Vorstoß gegen das Berufsbeamtentum. Stärkung der oberen Bureaucratie auf der einen Seite, Abbau der unteren Beamten auf der anderen. Wenige, aber gutbezahlte Beamte, ist die Losung des Geheimrats Schied. Von größter Wichtigkeit für die breiten Schichten der Bevölkerung ist die Stellung der Denkschrift zur Wohlfahrtspflege und zum Schulwesen. Es wird offen Stellung genommen gegen die Wohlfahrtsausgaben und Wohlfahrtsauschüsse. Gegen die Durchführung der sächsischen Lehrerbildung wird ebenfalls Front gemacht. Es heißt hierzu:

„Ebenso zeigen die Ausgaben für Wohlfahrtspflege eine fortgesetzte steigende Tendenz. Dazu, ob die Finanzlage eine